

---

**Vorsitz: Italien**

## **650. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 29. Juni 2011

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 11.20 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter G. Tonini

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

(a) *Finanzhilfe für den Umgang mit den Lagerbeständen von Kleinwaffen und leichten Waffen und konventioneller Munition in Kirgisistan:* Vereinigte Staaten von Amerika

(b) *Erwiderung auf die interpretative Erklärung der Türkei zum FSK-Beschluss zum Wiener Dokument Plus über die Aktualisierung der Liste der in der Einleitung genannten OSZE-Teilnehmerstaaten (FSC.DEC/4/11):* Zypern (Anhang 1), Türkei

(c) *Veröffentlichung des Jahresberichts 2010 des Ombudsmanns der Verteidigungskräfte:* Irland (Anhang 2)

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

*Vortrag von Botschafter Gazmend Turdiu, Generalsekretär des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Albaniens über den allgemeinen Stand und die Prioritäten des Übereinkommens von Ottawa sowie den damit verbundenen Herausforderungen:* Vorsitz, G. Turdiu (FSC.DEL/115/11 OSCE+), Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, Island, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Serbien; sowie mit Andorra, Moldau und San Marino) (FSC.DEL/118/11), Belgien (Anhang 3), Vereinigtes Königreich (Anhang 4), Schweiz (FSC.DEL/117/11), Kanada, Aserbaidschan, Armenien

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Erinnerungsschreiben gemäß FSK-Beschluss Nr. 10/02: Vorsitz*
- (b) *Beurteilungsbesuch in Bosnien und Herzegowina vom 20. bis 24. Juni 2011: FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn)*
- (c) *Einladung zu einem Kurs über zivil-militärische Beziehungen vom 9. bis 13. September 2011 in Schweden und zu einem United Nations Civilian Staff Officer Course im Oktober in Schweden: Schweden*
- (d) *Protokollarische Angelegenheiten: Irland, Vorsitz, Kanada, Dänemark, Frankreich*

4. Nächste Sitzung:

Freitag, 1. Juli 2011, 9.00 Uhr im Neuen Saal

---

**650. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 656, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION ZYPERNS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte eine Erklärung in Erwiderung auf die interpretative Erklärung der türkischen Delegation anlässlich der Verabschiedung von FSK-Beschluss Nr. 4/11 auf der 648. Plenarsitzung des Forums abgeben. Die Republik Zypern stellt fest, dass die Türkei ihren am 31. Juli 1975 in der KSZE eingelegten Vorbehalt aufrechterhält. Wir stellen ferner fest, dass der Inhalt dieses Vorbehalts mit internationaler Rechtmäßigkeit unvereinbar ist und deshalb von keinem anderen Staat der Welt geteilt wird. Meine Delegation wiederholt ihre unverändert gültigen Einsprüche zu dem oben genannten Vorbehalt und möchte erneut darauf hinweisen, dass Zypern keinerlei Zweifel bezüglich seiner Souveränität hat.

Der türkische Vorbehalt berührt in keiner Weise die gleiche Anwendbarkeit von Dokumenten, die in der OSZE – einschließlich dieses Forums – in Bezug auf ausnahmslos alle Teilnehmerstaaten und zwischen ihnen verabschiedet wurden.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**650. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 656, Punkt 1 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION IRLANDS**

Herr Vorsitzender,

danke, dass Sie mir das Wort erteilt haben.

Im Zusammenhang mit unseren Verpflichtungen gemäß dem Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, insbesondere den Absätzen 32 und 33 betreffend die Grundfreiheiten von Angehörigen der Verteidigungskräfte sowie ihren rechtlichen und administrativen Schutz, möchte Irland das Forum für Sicherheitskooperation über die Veröffentlichung des Jahresberichts 2010 des Ombudsmanns der irischen Verteidigungskräfte am 21. Juni 2011 in Kenntnis setzen.

Das Büro des Ombudsmanns für die Verteidigungskräfte wurde 2005 eingerichtet und dient als letzte Instanz für Angehörige der Verteidigungskräfte, die sich von den Militärbehörden unfair behandelt fühlen. Das Büro des Ombudsmanns kann sowohl im Dienst stehende als auch ehemalige Angehörige der Verteidigungskräfte unterstützen, auch wenn das im Dienst befindliche Personal normalerweise die bestehenden internen Beschwerdeverfahren ausschöpfen sollte, bevor der Ombudsmann ihre Fälle überprüfen oder untersuchen kann.

2010 standen insgesamt 116 Fälle zur Überprüfung durch den Ombudsmann an. Von diesen erreichten 105 das Stadium der Voruntersuchung. Der Bericht enthält statistische Daten über die Arten von Beschwerden, die vom Büro im Berichtszeitraum geprüft wurden. Der Bericht stellt fest, dass die laufende Reform und Änderung der Verwaltungsverfahren und -praktiken der Verteidigungskräfte das Ergebnis der Empfehlungen aus dem Abschlussbericht des Ombudsmanns über die Fälle ist.

In den letzten Jahren beteiligte sich das Büro des Ombudsmanns an einer Reihe internationaler Initiativen, etwa auch mit Beiträgen zur *International Conference of Ombuds Institutions for Armed Forces* und zur Ausarbeitung des Handbuchs über Menschenrechte und Grundfreiheiten der Angehörigen der Streitkräfte, das vom BDIMR in Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte ausgearbeitet wurde. Das Büro des Ombudsmanns hofft, dieses nützliche Engagement in den nächsten Jahren fortsetzen zu können.

Kopien des Jahresberichts können auf der Website des Büros des Ombudsmanns – [www.odf.ie](http://www.odf.ie) – heruntergeladen oder bei der Vertretung Irlands bei der OSZE angefordert werden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**650. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 656, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION BELGIENS**

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen, dass Sie eine Diskussion über das Übereinkommen von Ottawa auf die Tagesordnung des Sicherheitsdialogs im FSK gesetzt haben. Es handelt sich dabei um ein äußerst wichtiges Thema zur Förderung der menschlichen Sicherheit, das Bestandteil des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE ist.

Ich danke S.E. Gazmend Turdiu, dem Generalsekretär des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten Albaniens und gegenwärtigen Präsidenten des 10. Treffens der Vertragsstaaten des Übereinkommens von Ottawa, für sein ausgezeichnetes Referat über den allgemeinen Stand und die Prioritäten des Übereinkommens sowie die damit verbundenen Herausforderungen. Er kann auf unsere fortgesetzte Unterstützung für den humanitären Aktionsplan gegen Antipersonenminen zählen.

Belgien möchte den Teilnehmerstaaten mitteilen, dass es die Nachfolge von Kanada als Koordinator der Kontaktgruppe für die weltweite Geltung des Übereinkommens von Ottawa angetreten hat. Wir möchten Kanada zu zehn Jahren ausgezeichneter Arbeit beglückwünschen, der es zu verdanken ist, dass zahlreiche Staaten diesem wichtigen humanitären Projekt des Verbots einer Waffe, die in der Bevölkerung unverhältnismäßig großen Schaden verursacht, beigetreten sind.

Belgien beabsichtigt, sich in seiner neuen Funktion auf eine Reihe von Vertragsstaaten des Übereinkommens und Freiwilligen in ihren jeweiligen Regionen als sogenannte „Vorkämpfer für das Übereinkommen“, zu stützen, die für regelmäßige Kontakte mit Staaten, die dem Übereinkommen nicht beigetreten sind, sorgen und so konsequenter auf diese im Hinblick auf deren Beitritt einwirken können. Belgien wird die Informationen über die Aktionen seiner Partner koordinieren und zentralisieren. Ferner gilt unsere volle politische Unterstützung dem Präsidenten des Treffens der Vertragsstaaten in seinen Bemühungen um die Förderung des letztendlichen Ziels des Übereinkommens von Ottawa: „Eine Welt ohne Minen“.

Das FSK ist ein geeigneter Ort, um die Teilnehmerstaaten zum Beitritt zum Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen zu ermutigen. Allzu viele Teilnehmer-

staaten der OSZE sind dem Übereinkommen noch nicht beigetreten. Wir appellieren an sie, mit größter Aufmerksamkeit und Sorgfalt die Möglichkeit eines Beitritts ins Auge zu fassen.

Antipersonenminen verletzen und töten weiter tagtäglich Menschen, zerfetzen ihre Beine, ihre Füße, ihre Hände und kosten sie manchmal sogar das Leben. Die überwiegende Mehrheit der Opfer sind Zivilisten, keine Soldaten. Verlässlichen Quellen zufolge sind jedes Jahr drei Viertel der Opfer dieser Minen Zivilisten, unter ihnen viele Kinder, die, wenn sie nicht sofort getötet werden, für den Rest ihres Lebens gezeichnet sind. Diese Minen verursachen übrigens nicht nur während eines Konflikts Schäden, sondern vor allem nach dem Konflikt, in Zeiten des Friedens. Außerdem behindern sie massiv das Wirtschaftswachstum und die soziale Entwicklung der betroffenen Länder.

Belgien führt auch den Vorsitz in der Kontaktgruppe für Transparenzmaßnahmen. Wir nutzen die heutige Gelegenheit, um alle Vertragsstaaten daran zu erinnern, dass sie gemäß Artikel 7 des Übereinkommens ihren Jahresbericht dem Generalsekretär der Vereinten Nationen über das Büro für Abrüstungsfragen in Genf rechtzeitig übermitteln.

Herr Vorsitzender,

das Problem der Antipersonenminen muss auf der Tagesordnung des Forums für Sicherheitskooperation bleiben.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**650. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 656, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION  
DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich vorweg bestätigen, dass die Ansichten des Vereinigten Königreichs natürlich bereits in der so eloquenten Erklärung unseres ungarischen Kollegen dargestellt wurden. Mit meiner Erklärung möchte ich den Standpunkt des Vereinigten Königreichs in Bezug auf das Übereinkommen noch näher ausführen und über einige nationale Initiativen berichten.

Ich möchte zu Beginn S.E. Botschafter Gazmend Turdiu für seinen interessanten und informativen Vortrag im Namen der Präsidentschaft des Übereinkommens von Ottawa danken.

Den konzertierten Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass das Übereinkommen von Ottawa in zwölf Jahren so viel erreicht hat. Die große Zahl seiner Vertragsstaaten ist einer der wichtigsten Gründe für seinen Erfolg, und wir möchten den Staaten, die dem Übereinkommen noch nicht beigetreten sind, dringend nahelegen, dies doch zu tun. Das Vereinigte Königreich war höchst erfreut, auf dem letzten intersessionalen Treffen in Genf zu erfahren, dass Finnland, die Demokratische Volksrepublik Laos, Polen und Tuvalu in absehbarer Zeit dem Übereinkommen beizutreten hoffen. Wir begrüßen auch die von den Vereinigten Staaten vorgenommene Überprüfung ihrer Politik zu diesem Übereinkommen und hoffen, dass sie bald Positives berichten können.

In den letzten Jahren wurden Antipersonenminen wirksam geächtet, und sie werden heute allgemein weniger eingesetzt als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in ihrer Geschichte. Berichte über den angeblichen Einsatz von Landminen in Libyen sind allerdings eine beunruhigende Entwicklung und geben der internationalen Gemeinschaft Anlass zu großer Sorge. Ich freue mich mitteilen zu können, dass das Vereinigte Königreich über sein *Department for International Development* auf den dringenden Spendenaufruf der UN reagiert und der Organisation für Minenräumung MAG 300.000 US-Dollar für Räumaktivitäten gespendet hat, die Anfang Juli in Libyen beginnen sollen.

Auf der ganzen Welt werden immer mehr Minen geborgen, und diese Aktivitäten finden zu Recht in Gebieten statt, in denen sie die größte Bedrohung für die Menschen und



die Entwicklung darstellen. Der ständige Rückgang der Zahl der Minenopfer im vergangenen Jahrzehnt bedeutet, dass wir uns alle verstärkt der Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Ziele durch Minenräumung zuwenden können. Mit dem Aktionsplan von Cartagena vom Dezember 2009 erhielten die Bemühungen der Staaten neue Impulse. Das Vereinigte Königreich reagierte über das *Department for International Development* mit der Ausarbeitung einer umfassenden Minenräumstrategie, gestützt auf eine Investition von 30 Millionen Pfund zwischen 2010 und 2013, um jenen Ländern zur Seite zu stehen, in denen die Bedrohung für Leib und Leben am größten ist.

Herr Vorsitzender, wir ersuchen, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beizufügen.